

Beschluss

Der Krise mit Nachhaltigkeit begegnen - Leitlinien für eine zukunftsfähige Haushaltspolitik für Dresden

Gremium: Mitgliederversammlung

Beschlussdatum: 17.06.2020

Tagesordnungspunkt: 2.1. Leitlinien für eine zukunftsfähige Haushaltspolitik in der Landeshauptstadt Dresden

Antragstext

1 Ausgangslage

2 Die Bekämpfung der Corona-Pandemie führt zu einschneidenden Veränderungen in den
3 Öffentlichen Haushalten. Unerwartete Mehrausgaben und einschneidende
4 Verminderungen der Einnahmen werfen aktuelle Haushaltspläne inkl.
5 mittelfristiger Finanzplanungen über den Haufen. Bund und Länder sowie die
6 Europäische Union haben sehr entschlossen auf diese veränderten Bedingungen mit
7 gigantischen Hilfsprogrammen reagiert und wollen mit üppigen kreditfinanzierten
8 Konjunkturprogrammen der Krise begegnen.

9 Die kommunalen Finanzen rücken bei diesen Überlegungen gerade jetzt in den
10 Fokus, schließlich sind kommunale Investitionen und die Sicherung der sozialen,
11 kulturellen und urbanen Infrastruktur zentrale Herausforderungen der aktuellen
12 Krise.

13 Nach der aktuellsten Schätzung der Kämmerei ergeben sich folgende
14 Mindereinnahmen (gegenüber der Mittelfristigen Finanzplanung 2019):

15 Gewerbesteuer 2020-23 ca. 240 Mio €

16 Einkommenssteuer 2020-23 ca. 93 Mio €

17 Allg. Schlüsselzuweisungen 2020-23 ca. 105 Mio €

18 Invest. Schlüsselzuweisungen 2020-23 ca. 17 Mio €

19 Insges. Mindereinnahmen 2020-23 ca. 455 Mio €

20 Hinzu kommen erhebliche Mindereinnahmen allein für 2020 (z.B.
21 Beherbergungssteuer, Parkraumbewirtschaftung, Eintrittserlöse) und Mehrausgaben
22 (z.B. Städt. Klinikum, KdU, Soforthilfen, Testungen, Personalkosten) in Höhe von
23 mindestens 57 Mio €.

24 Darüber hinaus sind die Auswirkungen für die Städtischen Unternehmen (vor allem
25 jene, die im Querverbund unter dem Dach der TWD wirken) noch nicht final
26 absehbar.

27 Trotz des beschlossenen Schutzschirms des Freistaates und umfangreicher
28 Maßnahmen des Bundes, mit denen die Mindereinnahmen bei der Gewerbesteuer und
29 die erwarteten Mehrausgaben bei den Kosten der Unterkunft kompensiert werden
30 sollen, entstehen Finanzierungslücken, die vor allem ab dem Jahr 2021 neue
31 Haushaltsstrategien erfordern. Unter Einbeziehung aller bekannten Maßnahmen des

32 Bundes und des Freistaates ist mit einem Finanzierungsdefizit bis 2023 von ca.
33 300 Mio € zu rechnen.

34 Der Freistaat hat anerkannt, dass die Einnahmelücken und Ausgabensteigerungen
35 nicht mit den geltenden haushausrechtlichen Instrumenten und Regulierungen zu
36 lösen sind und hat deshalb für die Kommunen die Möglichkeiten der Finanzierung,
37 auch über höhere Kassenkredite, erweitert.

38 **Für eine nachhaltige Haushaltspolitik in Dresden**

39 Die Finanzierungslücken sollen nach dem Willen des Oberbürgermeisters
40 größtenteils durch Sparmaßnahmen in den nächsten Haushalten und durch weitere
41 Hilfen von Bund und Land kompensiert werden. Demnach sollen alleine im nächsten
42 Doppelhaushalt 2021/22 jährlich über 100 Mio € Einsparungen realisiert werden.
43 Nach gegenwärtigem Stand will die LHD am stickten Verbot der Hauptsatzung einer
44 Nettokreditaufnahme festhalten.

45 Bündnis 90 / Die Grünen vertreten haushaltspolitisch einen klaren,
46 verantwortungsvollen und nachhaltigen Kurs. Für eine langfristige Entwicklung
47 Dresdens ist es schädlich, die Wirtschaftskrise durch pauschale
48 Ausgabenkürzungen und Verschiebungen von Investitionen zu verschärfen. Dadurch
49 werden gewachsene Strukturen zerstört und ein wirtschaftlicher und sozialer
50 Abwärtssog befördert. Dresdens Anziehungskraft für Unternehmen, Fachkräfte und
51 Tourist*innen basiert auch auf einer guten Bildungsstruktur, einer vielfältigen
52 Kulturlandschaft und nicht zuletzt eines hohen Freizeitwertes für
53 Einwohner*innen und Gäste. Wir können es uns nicht leisten, diese
54 Standortvorteile durch die Pandemie zu gefährden.

55 Gerade in der Krise muss die öffentliche Hand verlässlich und weitblickend
56 agieren und dabei sowohl die Daseinsvorsorge der Bürger*innen in den Fokus
57 nehmen als auch die enormen Herausforderungen durch Zukunftsinvestitionen
58 sicherstellen. Gefahren wie der Klimawandel sind für die Stadtkasse größer als
59 die jetzigen der Corona-Pandemie. Insbesondere Maßnahmen zur CO₂-Einsparung und
60 zur Klimawandelanpassung sind zur Schadensvermeidung essentiell und dulden
61 keinen Aufschub.

62 Davon unbenommen sind eine sparsame Haushaltsführung und Priorisierungen bei den
63 Ausgabenentscheidungen unvermeidlich. Nicht alle geplanten Vorhaben werden sich
64 in den ursprünglich vorgesehenen Zeitrahmen realisieren lassen.

65 **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden der enormen Herausforderung durch die Coronakrise 66 mit folgenden Grundsätzen begegnen.**

67 1. Wir lehnen Sparhaushalte mit pauschalen Leistungseinschränkungen für die
68 Bürger*innen und zu Lasten von notwendigen Investitionen in Bildung,
69 Klimaschutz etc. ab, ohne die Notwendigkeit zu verkennen, dass Prioritäten
70 neu verhandelt werden müssen.

71
72 **Klimaschutz und Klimawandelanpassung dulden keinen Aufschub. Der Stadtrat
73 hat sie per Beschluss zu Aufgaben von höchster Priorität für die
74 Daseinsvorsorge erklärt. Deshalb müssen die dafür notwendigen
75 Investitionen im Haushalt trotz der Folgen der Coronakrise unbedingt
76 abgesichert werden.**

- 77 2. Die bisherige Förderpraxis bei kulturellen, sozialen und Stadtteilaufgaben
78 muss weitestgehend beibehalten werden. Kommunale Infrastruktur - auch bei
79 Freien Trägern - muss auf dem bestehenden Niveau gesichert werden.
- 80 3. Die Leistungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung darf nicht durch
81 einschneidende Kürzungen bei den Personalausgaben gefährdet werden.
- 82 4. Besonders von der Corona-Pandemie betroffenen Branchen (Tourismus,
83 Veranstaltungen, Gastronomie, Freizeit) muss mit einem Sicherungskonzept
84 auch kommunal geholfen werden.
- 85 5. Beschlossene Investitionen dürfen nicht alleine aus Finanzierungsgründen
86 in die Zukunft verschoben und notwendige Klimaschutzmaßnahmen, z.B. durch
87 Investitionen in die Radverkehrsinfrastruktur müssen vorgezogen werden.
- 88 6. Transparenz und Haushaltswahrheit müssen durch ein aktives und zeitnahes
89 Monitoring der tatsächlichen Finanzsituation unter aktiver Einbindung des
90 Stadtrates sicher gestellt werden. Deshalb sind bis auf weiteres auch
91 Jahreshaushaltssatzungen aufzustellen.
- 92 7. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnen Haushaltssperren als ein Mittel der alleine
93 durch die Verwaltung vorgenommenen Haushaltsbewirtschaftung ab.
- 94 8. Die Coronakrise und ihre mittelfristigen Finanzierungsauswirkungen lassen
95 sich nicht im Rahmen der konventionellen Haushaltspolitik Dresdens mit dem
96 Verbot einer Nettokreditaufnahme lösen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich
97 deshalb für die Bildung eines Corona-Sonderfonds ein, mit dem
98 kapitalmarktfinanziert die Auswirkungen der Krise in den nächsten fünf
99 Jahren abgefedert werden und eine flexible Rückführung der Mittel
100 ermöglicht wird. Dieses Ziel ließe sich auch mit der Beteiligung Dresdens
101 an einer auf Landesebene einzurichtenden „Landeskasse“ erreichen.
- 102 9. Die Investitionsfähigkeit städtischer Unternehmen muss gesichert bleiben
103 und die Finanzierung des ÖPNV und der Bädergesellschaft durch den
104 städtischen Querverbund der TWD strategisch neu ausgerichtet werden. Das
105 kann u.a. durch die Öffnung des Wirtschaftsstabilisierungsfonds für
106 kommunale Unternehmen, die Öffnung des KfW-Darlehen-Sonderprogramms für
107 kommunale Unternehmen und die Begünstigung von Investitionen hin zur
108 Brutto-Klimaneutralität der kommunalen Unternehmen erreicht werden.